

Volkssblatt

Redaktion: Telefon 075/2 49 49/50

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

109. Jahrgang - Nr. 68

Vor Erneuerung der ÖBB-Konzession

Positive Regelung einer Reihe anhängiger Fragen in Aussicht gestellt

Die Ende der sechziger Jahre abgelaufene 99jährige Konzession der Oesterreichischen Bundesbahnen (OeBB) für den Betrieb der Bahnstrecke Feldkirch-Buchs über liechtensteinisches Hoheitsgebiet, wird voraussichtlich in den nächsten Monaten erneuert werden. Gleichzeitig steht die positive Regelung einer Reihe von Fragen in Aussicht, welche sich vor allem für die liechtensteinischen Bediensteten bei den OeBB ergaben.

Wie anlässlich des Pressegespräches mit der Regierung am Dienstag betont wurde, lag es bis jetzt nicht auf österreichischer, sondern auf liechtensteinischer Seite, dass die seit einigen Jahren wieder offene Konzessionsfrage bis jetzt noch nicht bereinigt werden konnte. In Gesprächen, die in diesem Zusammenhang vor kurzem von Vizeregierungschef Brunhart mit Vertretern der OeBB in Feldkirch geführt wurden, war man übereingekommen, die Erneuerung der Konzession mit der Lösung an-



derer, hängiger Fragen zu verbinden.

Vordringlich geht es dabei um die Stellung der Liechtensteiner, die als Beamte bei den OeBB beschäftigt sind. Insgesamt betrifft dies heute noch neun Personen, deren Sprecher der Schaaner Bahnhofsvorstand Johann Kaiser ist. Von den weiteren acht liechtensteinischen OeBB-Beamten sind drei Stellwerk-Wärter, drei Oberbauarbeiter und zwei Schrankenwärter.

Zur Abklärung stehen vor allem Gehaltsregelungen und Fragen der Sozialen Sicherheit an, welche sich aus den unterschiedlichen Lohnansätzen des österreichischen Arbeitgebers und den Lebenskosten am Liechtensteiner Wohnsitz ergeben haben.

Das gleiche gilt auch für die Aufstiegsmöglichkeiten der Liechtensteiner, die aufgrund der bisher geübten Praxis und Vertragssituation nur auf den liechtensteinischen

Streckenteilen eingesetzt werden durften und damit notgedrungen kein sehr weites Entwicklungsfeld innerhalb der Bahn vorfinden.

● Schaan—Vaduz (unser Bild) ist der einzige OeBB-Bahnhof in unserem Lande dem ein Liechtensteiner Fahrdienstleiter vorsteht. Hier enden bis jetzt auch alle Aufstiegsmöglichkeiten für liechtensteinische Beamte bei den OeBB. (Bild: X. Jehle)

Die aktuelle Frage

Ist das Projekt für eine Umfahrungsstrasse der Ortszentren von Schaan und Vaduz wegen mangelndem Engagement der Regierung von vorneherein zum Scheitern verurteilt? Diese Frage stellt sich ein Leitartikel im «Liechtensteiner Vaterland» vom 4. Mai. Der Autor des Beitrages, der aus «seiner grossen Enttäuschung» über die seiner Meinung nach mangelnde Ueberzeugungskraft des Regierungsberichtes an den Landtag keinen Hehl macht, zeichnet mit den Initialen «Dr. H.». — Es ist unschwer zu erkennen, wer der Verfasser dieser Zeilen ist: alt Regierungschef Dr. Alfred Hilbe, in dessen Amtszeit das

Umfahrungsstrasse

Mangelndes Engagement?

erste, grosse Projekt für eine Umfahrungsstrasse präsentiert wurde. Es sah damals noch den viel grosszügigeren, etappenweisen Bau einer Umfahrungsstrasse durch das ganze Land mit Vorsorge für vier Fahrspuren vor. Bei allem Respekt dafür, dass sich Dr. Hilbe als «Vater der Umfahrungsstrasse» nach wie vor voll für das (inzwischen allerdings geschrumpfte) Projekt einsetzt, muss man sich doch auch fragen, ob er dabei die inzwischen eingetretenen, neuen Entwicklungen ausreichend mitberücksichtigt? Dazu gehören vor allem die nun vorgezogene Schliessung der Autobahnücke jenseits des Rheins, mit deren Realisierung bereits begonnen wurde. Auch wenn ihr von Seiten der Fachleute im Regierungsbericht nicht jene Bedeutung für die Entlastung der liechtensteinischen Innerortsstrassen zugemessen wird, wie man dies draussen in der Bevölkerung annimmt, würde die Umfahrungsstrasse aufgrund ihrer neuen Linienführung in jedem Fall so etwas wie eine Parallelachse zur N-13 auf unserer Rheinseite. Ist es das mangelnde Engagement oder die von der heutigen Regierung angekündigte objektive Darstellung des Problems, die zu einer rundherum kritischen und zurückhaltenden Beurteilung des Projektes für eine Umfahrungsstrasse geführt hat? Neigt man nicht eher dem zweiten zu?

Presse-Gespräch

Die Themen vom Dienstag dieser Woche

Eine Woche später als vorgesehen und in Abwesenheit von Regierungschef Dr. Walter Kieber (der erst in den nächsten Tagen von einem Kuraufenthalt in Italien zurück erwartet wird), fand am Dienstag in Vaduz ein weiteres Gespräch der Regierungsmitglieder mit den Vertretern der einheimischen Presse statt. Folgende Themen, auf die wir im einzelnen noch gesondert eingehen, kamen dabei zur Sprache: die Frage der TV-Gemeinschaftsantenne unter dem neuen Aspekt eines Angebotes der PTT zur Errichtung eines Umsetzers auf dem Säntis; die Situation im Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines Landesspitals in Schaan; der Stand der Dinge hinsichtlich des Gesetzesentwurfes betreffend den Natur- und Landschaftsschutz; aktuelle Fragen zum Thema Schul- und Bildungswesen, sowie die Erneuerung der Ende der sechziger Jahre abgelaufenen Konzession der Oesterreichischen Bundesbahnen für den Betrieb der Bahnstrecke Feldkirch-Buchs auf liechtensteinischem Gebiet. Am Pressegespräch nahmen Vizeregierungschef Hans Brunhart, sowie die Regierungsräte Dr. Georg Malin, Dr. Walter Oehry und Hans Gassner teil.

Missverständnis in der Spitalfrage

Keine Vorwürfe gegenüber Schaan oder Vaduz

Regierung strebt nun eine selbständige Lösung an

Die Frage ob und in welcher Form das in Schaan geplante Landesspital verwirklicht werden soll, wird voraussichtlich im Herbst vom Landtag entschieden und möglicherweise in Form einer Volksabstimmung endgültig abgeklärt werden. Nachdem zwischen den Gemeinden Schaan und Vaduz keine Einigung in bezug auf die Bereitstellung des Vaduzer Spitalbau-fonds (rund 7 Millionen Franken) erzielt werden konnte, strebt die Regierung nun unabhängig davon eine selbständige Lösung an. Bezugnehmend auf seine ähnlich lautende Stellungnahme im öffentlichen Landtag (Siehe «Volkssblatt» vom 1. Mai) betonte Regierungsrat Hans Gassner am Dienstag, dass diese Ankündigung keineswegs als Vorwurf gegen Vaduz oder Schaan aufgefasst werden dürfe.

In der Tat wurde das Landtagsvotum des Ressortchefs für das Gesundheitswesen da und dort fälschlicherweise als Vorwurf gegen die beiden Gemeinden interpretiert und als Versuch, diesen die Schuld für allfällige Verzögerungen des Projektes zuzuschreiben.

Ein Missverständnis
Demgegenüber hob Regierungsrat

Gassner hervor, dass er in Beantwortung der Kleinen Anfrage im Parlament lediglich den Stand der Dinge so habe darstellen wollen, wie er sich effektiv präsentiere. Seine Ausführungen als Vorwurf zu empfinden, könne nur auf einem Missverständnis beruhen, nachdem das Thema Landesspital von der Regierung selbst ja erst im Jahre 1975 neu aufgegriffen worden sei. Eine Einigung zwischen Schaan und Vaduz wäre lediglich als erfreuliche Initialzündung zu werten gewesen, nicht aber als Bedingung für eine schnelle Lösung dieses Problems durch die Regierung.

Gutachten bis Ende Juni

Im übrigen bestätigte Regierungsrat Hans Gassner auch gegenüber der Presse, dass das Schweizer Krankenhaus-Institut bis Ende Juni ein Gutachten über das seit 1973 vorliegende Projekt für ein Landesspital zugesagt habe. Es geht dabei vor allem um die Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen. Aufgrund der heute bestehenden Verträge können in Liechtenstein wohnhafte Patienten zwischen sieben Krankenhäusern auswählen, in denen sie zu gleichen Bedingungen aufgenommen werden

wie Einheimische. Es sind dies

- das Kantonsspital, das Kreuzspital und das Frauenspital «Fontana» in Chur,
- die kantonalen Krankenhäuser von Walenstadt und Grabs/SG,
- das Kantonsspital und das Kinderspital in der Stadt St. Gallen.

Ausserdem steht die Regierung nach wie vor in Verhandlung mit dem Spital in Feldkirch. Für die Versorgung unserer Patienten in den oben erwähnten Krankenhäusern muss der Staat bereits heute Defizitbeiträge in der Höhe von 2 bis 3 Millionen Franken jährlich aufbringen.

Verwirklichung bis in fünf Jahren

Vorausgesetzt, dass der Landtag im Herbst eine positive Entscheidung fällt und das Spitalbauprojekt auch in einer allfällig nachfolgenden Volksabstimmung gutgeheissen wird, wird es nach Ansicht von Regierungsrat Hans Gassner immer noch bis zu fünf Jahren dauern ehe das Landesspital betriebsbereit wäre. Die Regierung begrüsst es deshalb, dass die Gemeinde Vaduz ihr bestehendes Krankenhaus durch eine Innenrenovation verbessern und als Uebergangslösung weiterführen will.

Die VPB-Sparkkontenkette für den zinsbewussten Sparer

Liechtensteiner Jugendreferat

Frühjahrstagung am 16. Mai
Wir halten unsere Frühjahrstagung am Sonntagvormittag, den 16. Mai ab. Ort, Zeit sowie die entsprechenden Diskussionsthemen werden wir Euch rechtzeitig bekanntgeben. Bitte haltet den Tagungstermin frei.

Schöner wohnen
thöny
MÖBEL-CENTER
Schaan 2 44 22